

ANTRAG DER JUSOS SOLINGEN

PARTEITAG DER SPD SOLINGEN 2011

www.jusos-solingen.de

HÖHE DES MINDESTLOHNS NICHT POLITISCH BESTIMMEN, SONDERN UNABHÄNGIG FESTSETZEN LASSEN

Der Parteitag der SPD Solingen möge folgenden Antrag beschließen und an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Die Höhe eines Mindestlohns soll regelmäßig von einer unabhängigen Kommission bestimmt werden, die mit Vertretern von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Wissenschaftlern besetzt ist. Eine konkret ausformulierte Höhe soll daher nur als möglicher Richtwert und nicht als verbindliche Festlegung dienen.

BEGRÜNDUNG

Die Höhe eines Mindestlohnes darf nicht für politische, insbesondere für Zwecke des Wahlkampfes missbraucht werden. Sie ist daher durch eine unabhängige Kommission festzusetzen, welche sich aus Vertretern von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Wissenschaftlern zusammensetzt. Als Vorbild kann die „Low Pay Commission“ in Großbritannien dienen.

Von der Nennung einer Höhe soll ferner abgesehen werden, weil ihre Begründung undurchsichtig ist. Noch vor einigen Monaten hat die SPD die Forderung nach einem Mindestlohn in Höhe von 7,50 EUR unterstützt. Eine Steigerung auf 8,50 EUR erscheint willkürlich. Diese Steigerung ist offensichtlich politisch motiviert und entspricht keiner sachlichen, auf Grund von Verbraucherpreisen berechneten Grundlage. Auch (und gerade) sozialdemokratische Politik darf nicht aus den Augen verlieren, welche Auswirkungen politische Entscheidungen auf die Wirtschaft haben. Die Festsetzung einer Höhe aus opportunistischen oder politischen Gründen ist daher abzulehnen, da diese oft unbegründet und wirtschaftsschädlich erfolgen würde. Politik muss die Entscheidung über die Höhe weiterdelegieren, damit in Wahlkämpfen kein populistischer Überbietungswettbewerb stattfindet.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

www.jusos-solingen.de